



NR°2
April 2020

AKZENTE.

Aktuelle Informationen der Evangelischen Volkspartei



KEINE KRIEGSMATERIALFINANZIERUNG!

Bevor die Frühjahrssession des Parlaments wegen der Corona-Pandemie abgebrochen werden musste, standen mit der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten, der Fairpreis-Initiative und der Straffreiheit für Barmherzigkeit Geschäfte auf der Agenda, bei denen die EVP zum Teil mit der Minderheit im Rat klare Position vertrat. Wegen des Sessionsabbruchs gab es keine Schlussabstimmungen.

Eine Volksinitiative will die Finanzierung von Kriegsmaterialherstellern weltweit verbieten. Deshalb soll der Schweizerischen Nationalbank (SNB), den Stiftungen sowie den Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge die Finanzierung von Unternehmen untersagt werden, die mehr als fünf Prozent ihres Umsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erwirtschaften. Die Ratsmitglieder der EVP hatten sich zusammen mit einer Minderheit dafür eingesetzt, dass die Initiative nicht einfach abgelehnt, sondern an die Kommission mit dem Auftrag rückgewiesen wird, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Ein griffiger Gegenvorschlag hätte das Verbot der indirekten Finanzierung verbotener Waffen stärken und die Transparenz erhöhen können. «Zur Glaubwürdigkeit gehört für uns auch, das Geld ethisch korrekt zu investieren und bei Kriegsmaterial, Produktion und Ausfuhr verantwortlich zu handeln», betonte EVP-Nationalrätin Lilian Studer, AG, in ihrem Votum vor dem Rat. Die Schweiz müsse in ihren Bemühungen zur weltweiten Friedensförderung konsequent und glaubwürdig bleiben. Da der Rat diesem Minder-

heitsantrag nicht folgte, stimmten die Ratsmitglieder der EVP für die Initiative selbst. «Wir sind überzeugt, dass sich dieses Anliegen bei einer Annahme der Initiative durch das Volk sinnvoll in der Ausführungsgesetzgebung umsetzen lässt», so Lilian Studer vor dem Rat.

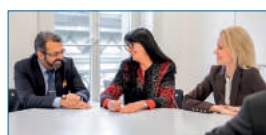
Kampf gegen Schweizer Hochpreisinsel

Schweizer Unternehmen und Konsumenten sehen sich international mit diskriminierenden Lieferbedingungen konfrontiert: Ausländische Hersteller und Händler weigern sich, Kunden aus der Schweiz direkt zu beliefern. Schweizerinnen und Schweizer müssen sich an deren Schweizer Niederlassungen oder Webportale wenden (Geoblocking), die deutlich höhere Preise – den sogenannten «Schweiz-Zuschlag» – verlangen. «Der ehemalige Preisüberwacher Rudolf Strahm rechnete vor, dass jeder Schweizer Haushalt deshalb jährlich 5000 Franken mehr bezahlt», kritisierte EVP-Nationalrat Nik Gugger, ZH, in seinem Votum zur Fairpreis-Initiative vor dem Rat. (Fortsetzung Seite 3)

VOR GERICHT

3

Pfarrer Norbert Valley wurde für gelebte Barmherzigkeit vor dem Polizeigericht freigesprochen.



IM GESPRÄCH

4 - 5

Der Entscheid über die Kündigungsinitiative ist nur verschoben. Die Fakten, die dagegen sprechen, im grossen Interview.

AN DER BASIS

6 - 7

Wie steht die EVP-Basis zur Öffnung der Ehe und Fortpflanzungsmedizin – die Umfrageergebnisse.

EDITORIAL



Liebe Leserin, lieber Leser

Wenn ein Mitmensch Hilfe braucht und du ihm helfen kannst, dann weigere dich nicht, es zu tun. Sprüche 3,27

Die Corona Krise hat mich bewogen, mein Editorial in letzter Minute neu zu schreiben. Und auch wie die Situation aussieht, wenn Sie das Akzente in den Händen halten, weiss ich heute nicht. Jetzt sind Nachbarschafts- und Freundschaftshilfe, Fürbitte und segnende Hände auf Distanz gefragt. Zur Unterstützung und zum Schutz all derjenigen Mitmenschen, die zu den sogenannten Risikogruppen gehören. Und Händewaschen ist ganz wichtig: 30 Sekunden lang. Ich habe gelesen, dass das der Länge eines «Vater Unser» entspricht. Sie können mir glauben, ich habe dieses Gebet noch nie so viel gebetet. Und auch unsere Enkelin hat es gelernt. Es gibt aber auch «Gruppen» in unserer Gesellschaft, die nicht primär gesundheitlich bedroht sind, sondern beruflich und wirtschaftlich. KMU, Einzelunternehmen, junge verheissungsvolle Start-Ups brauchen Unterstützung. Bund, Kantone, Gemeinden und vor allem auch die Banken sind hier gefordert, grosszügig und unbürokratisch zu helfen.

Ein riesiger Dank in dieser Corona-Zeit gilt den Pflegenden und der Ärzteschaft. Sie leisten Unglaubliches. Denken wir doch nicht nur mit dem «Dankesapplaus» an sie, sondern auch, wenn wir dereinst über die Pflegeinitiative abstimmen werden.

Eine Krisenzeit löst bei manchen Menschen Angst, Ratlosigkeit oder Depressionen aus. Eine Trostlosigkeit, wie seinerzeit bei den Frauen am Grabe Jesu. Doch da kommt die frohe Botschaft: «Er ist auferstanden! Der schwere Stein ist weg, Christus lebt!»

Ich wünsche uns allen, dass wir nach der diesjährigen speziellen Passionszeit die wunderbare Erkenntnis von Ostern tief erleben dürfen. Der Glaube an den Auferstandenen möge uns alle mit Licht und Kraft erfüllen. Damit auch wir als EVPlerninnen und EVPlern weiter dranbleiben und in unserer Gesellschaft Hoffnung und Liebe säen können.

Ich wünsche Ihnen allen Gottes Segen und bleiben Sie gesund!

Ihre

Marianne Streiff

O-TON



Maja Briner in der Aargauer Zeitung online vom 23. März über die digitale Parolenfassung des Parteivorstands zur kurz darauf abgesagten Volksabstimmung vom 17. Mai 2020

«Ist also alles lahmgelegt? Nein! Eine kleine, unbesungene Partei ist voll funktionsfähig: die EVP.»

PAROLEN

Das Nein zur sogenannten Begrenzungsinitiative wurde bereits an der Delegiertenversammlung vom 30. November 2019 gefasst. Die Parolen für die geplante Volksabstimmung vom 17. Mai 2020 fasste der Parteivorstand an seiner ausserordentlichen Video-Sitzung vom 13. März, da die geplante Delegiertenversammlung vom 14. März wegen der Corona-Pandemie abgesagt werden musste. Inzwischen ist auch die Abstimmung vom 17. Mai abgesagt. Wann die Vorlagen vors Volks kommen, ist noch offen.

**VOLKSINITIATIVE
«FÜR EINE MASSVOLLE
ZUWANDERUNG
(BEGRENZUNGSINITIATIVE)»** **NEIN**

**ÄNDERUNG VOM 27. SEPTEMBER
2019 DES BUNDESGESETZES ÜBER
DIE DIREKTE BUNDESSTEUER
(STEUERLICHE BERÜCKSICHTIGUNG
DER KINDERDRITTBETREUUNGSKOSTEN)** **JA**

**ÄNDERUNG VOM 27. SEPTEMBER
2019 DES BUNDESGESETZES
ÜBER DIE JAGD UND DEN
SCHUTZ WILDLIBENDER
SÄUGETIERE UND VÖGEL
(JAGDGESETZ, JSG)** **NEIN**

EVP AUF SOCIAL MEDIA



www.facebook.com/evppev

[@evppev](https://twitter.com/evppev)

IMPRESSUM

AKZENTE: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)

Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.- / Jahr

Herausgeber: EVP Schweiz, PF, 3001 Bern, 031 351 71 71, info@evppev.ch, www.evppev.ch

Redaktion und Grafik: Dirk Meisel (dm)

Adressen und Aboverwaltung: Sara Schnegg

Druck und Vertrieb: Jordi AG, Belp

Copyright: Wiedergabe mit Genehmigung der EVP gestattet.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:

Wolfgang Ackerknecht, Christoph Bösinger, Nik Gugger, Andrea Heger, Gianna Luzio, Dirk Meisel, Philippe Messerli, Susanne Oram-Blaser, Rebecca Renfer, Roman Rutz, Marianne Streiff, Barbara Streit-Stettler, Heiner Studer, Liliane Studer, Dominic Täubert
Herzlichen Dank an alle!



Profil statt Provokation

Der Chef der grössten Nationalratsfraktion ruft zu Beginn der Corona-Krise ohne Grund die BAG-Hotline an und wettet auf Twitter über deren Überlastung. Seine Fraktionskollegin besteht im Rat darauf, eine umstrittene Gesichtsmaske zu tragen und sichert sich damit landesweit einen Platz in den Nachrichten. Ein Jungpolitiker erklärt sich auf Twitter ohne ersichtlichen Anlass selbst zur «provokanten Reizfigur», zählt auf, wogegen er so alles eingestellt ist und erntet damit einen Shitstorm sowie mediale Aufmerksamkeit. Provokation braucht es mitunter, um den Spiegel vorzuhalten. Aber was ich in allen drei Fällen stossend finde: Es geht um reine Provokation um ihrer selbst willen – ohne Grund und vor allem: ohne Interesse an der Problemlösung. Zugegeben, heutzutage im multimedialen Zeitalter ist es wichtig, sich zu profilieren. Die EVP steht in dem Ruf, sich ihr Profil über sach- und lösungsorientiertes Politisieren zu erarbeiten und auf den schalen medialen Erfolg durch leere Provokation zu verzichten. Und genau dafür schätze ich sie.

DIRK MEISEL,
LEITER KOMMUNIKATION
dirk.meisel@evppev.ch

Die Fair-Preis-Initiative will die gesetzlichen Grundlagen schaffen, um diesen häufig praktizierten internationalen Preisdiskriminierungen der Unternehmen und Kunden aus der Schweiz einen Riegel zu schieben. Sie verlangt Massnahmen gegen unverhältnismässig hohe Preise und die Kaufkraftabschöpfung durch in- und ausländische Unternehmen.

Schweiz-Zuschläge belasten tiefe und mittlere Einkommen

«Die Hochpreisinsel belastet das Portemonnaie der Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten. Schweiz-Zuschläge schwächen die Kaufkraft und belasten insbesondere Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen», plädierte EVP-Nationalrat Nik Gugger in seinem Votum vor dem Rat für die Initiative. Er sprach sich dabei auch klar für die Notwendigkeit eines privaten Geoblocking-Verbots aus. Der Nationalrat sprach sich schliesslich für einen Gegen-

vorschlag aus und erweiterte diesen sogar um ein Verbot des Geoblockings.

Straffreie Barmherzigkeit

Die Ratsmitglieder der EVP haben sich zusammen mit einer Minderheit im Nationalrat verbündet, dass Menschen künftig nicht mehr dafür bestraft werden, wenn sie aus humanitären Gründen hilfsbedürftigen Flüchtlingen in der Schweiz Hilfe leisten. Die Ratsmehrheit jedoch lehnte eine Initiative leider ab, die eine entsprechende Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes verlangte.

Nächstenliebe ist kein Schlepertum

Die EVP-Ratsmitglieder hatten mit einer Minderheit beantragt, der Initiative Folge zu geben. «Barmherzigkeit soll in unserem Land weiterhin bestraft werden, was ich nicht verstehe. Es kann nicht sein, dass Menschen, die aus Nächstenliebe helfen, gleich behandelt werden wie kriminelle Schlep-

per», argumentierte EVP-Nationalrätin Lilian Studer. Die Schweiz müsse endlich damit aufhören, Menschen zu kriminalisieren, die aus humanitären Gründen handeln, so die Forderung der EVP-Parlamentarier.

«Es muss in der Schweiz mit ihrer humanitären und christlichen Tradition klar zwischen Fluchthilfe aus Nächstenliebe oder humanitären Gründen und finanziell motiviertem Schlepperwesen unterschieden werden», forderte EVP-Nationalrätin Marianne Streiff. «Viele europäische Staaten handhaben dies längst so.» Nach heutigem Recht kann Hilfe für Menschen, die unerlaubt in die Schweiz einreisen oder sich dort aufhalten, mit einer Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr bestraft werden. Meist werden die Helfer zu Geldstrafen verurteilt und erhalten einen Eintrag ins Strafregister. Im Durchschnitt wurden in den letzten Jahren rund 1000 Personen in der Schweiz so strafrechtlich verurteilt und kriminalisiert.

FREISPRUCH FÜR GELEBTE SOLIDARITÄT

Während in Bundesbern das Parlament noch tagte, stand Pfarrer Norbert Valley vor dem Polizeigericht La Chaux-de-Fonds. Er hatte einen abgewiesenen Flüchtling in seiner Kirche übernachten lassen und ihm zu essen gegeben. Dafür war er zu einer Geldstrafe verurteilt worden und ging in Rekurs – zu Recht, wie der Richter nun in zweiter Instanz befand.

In erster Instanz war Norbert Valley, EVP-Spitzenkandidat bei den Nationalratswahlen 2019, wegen Förderung eines illegalen Aufenthalts schuldig gesprochen und zu einer Geldstrafe von 1000 Franken sowie zur Zahlung der Verfahrenskosten verurteilt worden. Valley vertrat die Auffassung, dass diese Verfügung im direkten Widerspruch zu seinem Gewissen und seinen Überzeugungen stand. Der Einzelrichter befand nun, Valley habe nur sporadisch Hilfe geleistet. Er habe nur einzelne Male Unterschlupf gewährt und Lebensmittel abgegeben.

Dies reiche nicht aus für eine Verurteilung. Menschenrechtsaktivisten, Kirchenvertreter und EVP-Gefährten brachen

bei der Urteilsverkündung im Gerichtssaal und später auf dem Rathausplatz in Jubel aus.



EVP-Gefährten solidarisierten sich vor Gericht mit Norbert Valley.

FOTOS: ZVG ZVG

DIE KÜNDIGUNGSINITIATIVE WILL FAKTISCH DEN SCHWEIZER «BREXIT»

Am 17. Mai hätten wir über die sogenannte Begrenzungsinitiative der SVP abstimmen sollen. Doch der Volksentscheid ist nur aufgeschoben – und das Ziel der Initiative bleibt prekär. Warum es eigentlich eine Kündigungsinitiative ist, warum die Bilateralen nicht einfach durch ein Freihandelsabkommen ersetzt werden können und weshalb die Initiative so brandgefährlich für Wohlstand, Arbeitsplätze und Forschung in der Schweiz ist – die drei EVP-Ratsmitglieder bringen im Interview die Fakten auf den Tisch.

Marianne, die SVP nennt ihre Initiative «Begrenzungsinitiative» für eine «massvolle Zuwanderung». Du sprichst von «Kündigungsinitiative» – was stimmt?

Marianne: Die SVP sagt dieses Mal wenigstens ehrlich, dass sie die Personenfreizügigkeit mit der EU abschaffen will. Wenn es dem Bundesrat nicht binnen eines Jahres nach Annahme der Initiative gelingt, das Freizügigkeitsabkommen (FZA) durch Verhandlungen mit der EU ausser Kraft zu setzen, bleiben ihm gemäss Initiativtext anschliessend noch 30 Tage Zeit, um die Personenfreizügigkeit einseitig zu kündigen. Das Abkommen ist aber eines von sechs innerhalb der Bilateralen Verträge I, die durch die «Guillotine-Klausel»

miteinander verbunden sind. Das heisst, die Schweiz kündigt dann faktisch die gesamten Verträge. Spätestens Ende 2021 stehen wir dann ohne die Bilateralen I da. Bundesrätin Keller-Sutter sprach denn auch

leichtfertig und ohne Not auf Spiel, denn alle bestehenden Marktöffnungsabkommen sowie das Forschungsabkommen mit der EU würden dadurch aufgekündigt. Es ist also klar eine «Kündigungsinitiative».

Personenfreizügigkeit aufgekündigt haben, ist entweder erschreckend blauäugig oder will einmal mehr dem Stimmvolk bewusst Sand in die Augen streuen.

«Der Schweizer 'Brexit' hätte gravierende Auswirkungen für die Wirtschaft, die Forschung und die Arbeitsplätze in der Schweiz.» Marianne Streiff, EVP-Nationalrätin und Parteipräsidentin

zutreffend vom «Schweizer Brexit» – mit gravierenden Auswirkungen für die Wirtschaft, die Forschung und die Arbeitsplätze in der Schweiz. Der bilaterale Weg sichert seit Jahren unseren Wohlstand. Die Schweizerinnen und Schweizer haben ihn nicht ohne Grund mehrfach an der Urne bestätigt. Die SVP setzt dies alles

Das Komitee der Initiative hält diese Gefahr für «unwahrscheinlich», weil die EU selbst ja auch von diesen Verträgen profitiere und ein grosses Interesse an deren Fortbestand habe.

Marianne: Wer allen Ernstes glaubt, dass die Europäische Union die Bilateralen aufrecht erhalten will, nachdem wir die

Nik, wäre es denn wirklich so schlimm, diese Verträge zu kündigen? Könnte die Schweiz nicht einfach ein Freihandelsabkommen mit der EU aushandeln?

Nik: Die EU ist unser mit Abstand wichtigster Handelspartner. Ohne die bilateralen Verträge verlieren die Schweizer Unternehmen den privilegierten Zugang zu ihrem bei weitem wichtigsten Absatzmarkt. Mehr als die Hälfte (!) aller Waren und Dienstleistungen, die wir exportieren, gehen an die rund 500 Millionen Konsumentinnen und Konsumenten im europäischen Markt – und umgekehrt importiert die Schweiz rund 65 Prozent ihrer Einfuhren aus der EU. Für all das sind wir auf geregelte Beziehungen angewiesen! Die Schweiz hat in den 90er Jahren die bilateralen Verträge genau deshalb ausgehandelt, weil mit einem einfachen Freihandelsabkommen die direkte Teilnahme am europäischen Binnenmarkt schlicht nicht möglich ist.

Marianne: Kommt noch hinzu,



Fotos: Rebekka Kipfer

Die EVP-Ratsmitglieder sind sich einig: Wenn die Schweiz, wie die Initiative fordert, die Personenfreizügigkeit mit der EU aufhebt, kündigt sie damit faktisch die gesamten Bilateralen Verträge I.

dass die Schweiz auf Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen ist. Es gibt nun mal einige Branchen, in denen die hohe Nachfrage oder die benötigte Spezialisierung nicht durch inländische Arbeitnehmende allein gedeckt werden kann, etwa im Bereich der Pflege, im Bau- oder Gastgewerbe oder in der Landwirtschaft. Ohne die Personenfreizügigkeit wäre die Rekrutierung von Spezialisten aus der EU wieder wesentlich teurer und zeitintensiver.

Lilian: Aber nicht nur für die Arbeitgeber würde es schwieriger. Die Kündigungsinitiative schadet auch den Schweizer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Inwiefern?

Lilian: Der Lohnschutz für Schweizer Löhne wurde erst wegen der Personenfreizügigkeit geschaffen. Dank der flankierenden Massnahmen werden die Löhne und Arbeitsbedingungen der Menschen heute von den Sozialpartnern systematisch kontrolliert – und zwar in Schweizer Firmen und in ausländischen. Dumpingfirmen werden gebüsst. In Branchen mit starkem Druck auf die Löhne können Bund und Kantone Mindestlöhne einführen. Ausserdem gibt es heute mehr Gesamtarbeitsverträge, die den Schutz vor Dumping und Missbräuchen zusätzlich verbessern. All diese Errungenschaften der Schweizer Sozialpartnerschaft setzt die Kündigungsinitiative aufs Spiel.

«Das Freizügigkeitsabkommen mit der EU ist nicht für alle Probleme des Wirtschaftswachstums verantwortlich. Und genauso wenig ist dessen Kündigung die Lösung für alles.»

Nik Gugger, EVP-Nationalrat und Vizepräsident

Aber die negativen Konsequenzen etwa für niedrigprozentig Angestellte oder ältere Arbeitssuchende sind ja auch nicht gänzlich von der Hand zu weisen?



«Die Kündigung der Personenfreizügigkeit löst keines der Probleme des Wirtschaftswachstums», sind Nik Gugger, Lilian Studer und Marianne Streiff überzeugt.

Lilian: Die Lösung für diese Probleme liegt jedoch nicht darin, alle Beziehungen zur EU mit der Personenfreizügigkeit einfach über Bord zu werfen. Konkrete problemnahe Massnahmen sind zielführender und auch wichtig.

Woran denkst du?

Lilian: Ein konsequent umgesetzter Inländervorrang zum Beispiel oder die Stellenmeldepflicht für Branchen mit hoher Arbeitslosigkeit. Vor allem auch Massnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Förderung der Aus- und Weiterbildung oder die Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose.

Aus Sicht der Befürworter packt die Initiative das Problem endlich «an der Wurzel» an und verhindert die 10-Millionen-Schweiz, zubetonierte Landschaften sowie die

Überlastung der Verkehrsinfrastrukturen, der Sozialwerke und des Arbeitsmarktes.

Nik: Das Freizügigkeitsabkommen mit der EU ist nicht für alle Probleme des Wirtschaftswachstums verantwortlich. Und genauso wenig ist dessen Kündigung die Lösung für alles.

Marianne: Alle diese Probleme müssen mit gezielten Massnahmen in ihrem jeweiligen Bereich angegangen werden, in der Raum- und Landschaftsplanung, in der Verkehrspolitik, mit der Sanierung der Sozialwerke und mit konkreten arbeitsmarktpolitischen Massnahmen für die jeweiligen Zielgruppen, wie Lilian sie genannt hat.

Nik: Die Kündigungsinitiative löst keines dieser Probleme. Im Gegenteil: Die weltpolitische Lage ist in den letzten Jahren zunehmend unsicherer gewor-

den. Der Handelskrieg zwischen den USA und China hat die Weltwirtschaft geschwächt. Die beiden Länder schotteten sich nach aussen ab, um sich angeblich stärker und grösser zu machen. Ähnlich die EU. Nur haben die alle grosse Absatzmärkte innerhalb ihrer eigenen Grenzen. Den hat die Schweiz aber nun mal nicht. Und gerade in weltweit derart instabilen Zeiten will die SVP die Schweiz isolieren und zum Alleingang zwingen. Während überall Zölle erhoben und Handelshindernisse hochgezogen werden, ist es grob fahrlässig und verantwortungslos, mit dem wichtigsten Handelspartner zu brechen.

Lilian: Im Gegensatz zu den Behauptungen der SVP raubt uns die Kündigungsinitiative Freiheit. In Europa und mit Europa handeln zu können, wäre bei einem Ja eingeschränkt. Auch in Europa zu leben, zu studieren, zu forschen oder unkompliziert zu reisen und arbeiten zu können.

.....
INTERVIEW: DIRK MEISEL
LEITER KOMMUNIKATION EVP CH
 dirk.meisel@evppev.ch

MEHRHEIT DER BASIS WILL KEINE ÖFFNUNG DER EHE UND DER FORTPFLANZUNGSMEDIZIN

Der Parteivorstand und die Geschäftsleitung der EVP Schweiz haben bis Anfang März eine Umfrage unter den Mitgliedern der EVP Schweiz durchführen lassen. Sie wollten wissen, wie die Parteibasis zu verschiedenen Aspekten rund um die Öffnung der Ehe und der Fortpflanzungsmedizin denkt. Ein wesentliches Ziel der Befragung war es, dass alle Mitglieder der Partei das parteiinterne Meinungsspektrum zu diesen Themen kennen, statt nur darüber zu mutmassen. Und vor allem auch darum, diese verschiedenen Meinungen innerhalb der Partei künftig auch respektvoll stehen zu lassen.

Zunächst wurde analog der geplanten Behandlung der parlamentarischen Initiative «Ehe für alle» im Nationalrat nach der Haltung zur sogenannten Kernvorlage gefragt, also zur Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare ohne Zugang zur Fortpflanzungsmedizin: 52,7 Prozent der an der Umfrage Beteiligten sagen dazu «nein», 14,7 Prozent meinen «eher nein». 20,1 Prozent sagen «ja» zur reinen Kernvorlage, 12,4 Prozent «eher ja».

Eheverständnis und kein Tor zur Samenspende

Nach den Gründen für ihre Meinung befragt (maximal 3 Gründe, offene Nennung möglich), überwog für dreiviertel der Ablehnenden das Eheverständnis als Ehe von Mann und Frau. Rund 60 Prozent sahen in der Kernvorlage den ersten Schritt in Richtung Öffnung der Fortpflanzungsmedizin (Samenspende) für lesbische Paare, lehnten diese Samenspende aber ab. 46 Prozent zeigten Skepsis gegenüber dem Zugang zur Volladoption für gleichgeschlechtliche Paare.

Gesetzlicher Rahmen für verbindliche Beziehungen

Für einen Grossteil der Befürwortenden stand vor allem die Verbindlichkeit einer Beziehung im Zentrum, der sowohl gleichgeschlechtliche als auch verschieden geschlechtliche Paare einen gesetzlichen Rahmen geben können sollen (71%). Ausserdem sehen sie die Öffnung der Ehe als Grundrecht, da alle Menschen vor der

Verfassung gleich seien (44%). Ziel der Kernvorlage sei es, die Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren aufzuheben (42%).

Klare Ablehnung der Kernvorlage inklusive Samenspende

Während sich gegenüber der reinen Kernvorlage einer Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare noch ein breiteres Meinungsbild über alle Meinungsnuancen hinweg zeigte, positionieren sich die Teilnehmenden an der Umfrage gegenüber einer Kernvorlage inklusive Samenspende für gleichgeschlechtliche weibliche Ehepaare deutlich: 86,3 Prozent lehnen diese ab, davon 72,2 Prozent klar mit «nein», 14,2 Prozent sagen «eher

nein».

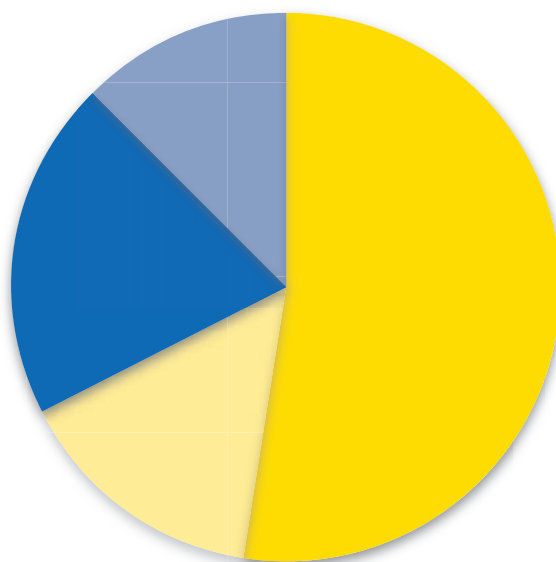
Nicht den Vater vorsätzlich vorenthalten

Als Begründung (maximal zwei Gründe, offene Nennung möglich) nannten die Teilnehmenden folgendes: Bei den Gegnern der Kernvorlage inklusive Samenspende überwog das Argument, dass bei einer Samenspende für weibliche Ehepaare den Kindern der Vater vorsätzlich verwehrt würde (48,5%). Gleichgeschlechtliche Paare könnten von Natur aus kein Kind zeugen, weshalb hier nicht künstlich eingegriffen werden sollte (45%). Und schliesslich erhöhe der Zugang zur Fortpflanzungsmedizin für weibliche Ehepaare den Druck massiv, auch die Eizellenspende und Leihmutterschaft für

männliche Ehepaare zu legalisieren, um keine neue Diskriminierung zu schaffen (38,9%).

Gleiche Rechten und Pflichten für alle

Zwei Drittel der Befürworter der Kernvorlage inklusive Samenspende argumentierten, dass Rechte und Pflichten für gleichgeschlechtliche Ehepaare dieselben sein sollten wie für verschiedengeschlechtliche Ehepaare, wenn doch die Ehe dann für beide gilt (62%). Weniger als 40 Prozent waren der Ansicht, dass die Fortpflanzungsmedizin streng reglementiert sei und sie verschiedengeschlechtlichen unfruchtbaren Ehepaaren ermögliche, ein Kind zu zeugen



Würden Sie der «Kernvorlage» heute zustimmen?

Nein:	52.7 %
Eher nein:	14.8 %
Ja:	20.1 %
Eher ja:	12.4 %

Zwei Drittel der Teilnehmenden lehnen die Ehe für alle mit «nein» oder «eher nein» ab.

– dies solle auch zwei verheirateten Frauen ermöglicht werden.

Persönliche Unterstützung für Referendum

59 Prozent der Befragten gaben schliesslich an, dass sie persönlich ein Referendum gegen die Kernvorlage inklusive Samenspende unterstützen würden.

Deutliche Ablehnung gegenüber Leihmutterschaft

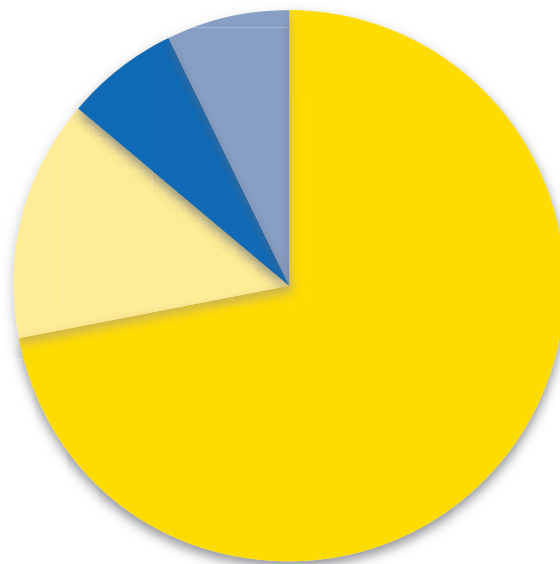
Sollte zu einem späteren Zeitpunkt die Legalisierung der Leihmutterschaft in der Schweiz auf die politische Agenda kommen, plädieren mehr als 83 Prozent dafür oder eher dafür, dass die EVP sich dagegen engagiert.

Dunkelrote Linie gegen Samenspende

Die Mitgliederbefragung hat deutlich aufgezeigt, dass eine übergrosse Mehrheit der EVP-Mitglieder den Zugang zur Samenspende für gleichgeschlechtliche Paare ablehnt. Eine Zweidrittelmehrheit steht auch der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare ablehnend gegenüber. Das Meinungsbild gegenüber dieser reinen Kernvorlage ist jedoch breiter, ein Drittel steht einer solchen Öffnung ohne Zugang zur Fortpflanzungsmedizin positiv gegenüber.

Keine Parolenfassung und kein Ratsentscheid

Es handelte sich bei dieser Umfrage weder um die Fassung von Parolen zu diesen Themen, noch um Referendumsbeschlüsse oder Entscheidvorgaben. Die politische Behandlung der konkreten Geschäfte obliegt gemäss den Parteistatuten unbenommen den zuständigen Gremien und Mandatsträgern. So wird beispielsweise die Behandlung der Teilentscheide



Würden Sie der Kernvorlage inklusive Ausweitung der Samenspende auf gleichgeschlechtliche weibliche Ehepaare zustimmen?

Nein:	72.2 %
Eher nein:	14.1 %
Ja:	6.5 %
Eher ja:	7.2 %

Die Ablehnung einer Ehe für alle inklusive Zugang zur Samenspende für weibliche Paare ist mehr als deutlich.

im Nationalrat auch taktische Erwägungen berücksichtigen müssen, die einer strategischen Einschätzung der Gesamtsituation folgen. Welche weiteren Schritte bezüglich des Themas

eingeleitet werden (Referendumsfrage, Parolenfassung etc.) wird der Parteivorstand erst dann entscheiden können, wenn die Geschäfte en Detail im Rat abgestimmt sind und

man weiss, wie die konkrete Vorlage schliesslich aussieht.

ROMAN RUTZ
GENERALSEKRETÄR EVP SCHWEIZ
roman.rutz@evppev.ch

DIE «EHE FÜR ALLE» IM PARLAMENT

Eigentlich hätte die Vorlage «Ehe für alle» am 17. März im Nationalrat behandelt werden sollen. Der Sessionsabbruch verhinderte dies. Der Nationalrat wird die Debatte als Erstrat (vor dem Ständerat) aber vermutlich baldmöglichst nachholen.

Während sich die vorbereitende Kommission in alter Zusammensetzung in der letzten Legislatur noch mit 13:12 Stimmen dafür entschied, die Kernvorlage ohne Zugang zur Samenspende für weibliche Ehepaare in den Rat zu bringen, zeichnet sich im neu gewählten Nationalrat eine Kehrtwende ab. Die glp-Vertreter haben schon in der Kommission den Antrag gestellt, die Kernvorlage mit

der Samenspende zu ergänzen und der Rat wird über diesen Antrag abstimmen. Bereits hat sich die SP klar dafür ausgesprochen, diesem Antrag zuzustimmen, die Grünen, die FDP und die BDP dürften folgen. Zusammen halten diese Parteien 117 Stimmen im Nationalrat, was eine solide Mehrheit darstellt, zumal die Reihen bei CVP und SVP ebenfalls nicht geschlossen sein dürften.

Ob der Ständerat jedoch mitziehen wird, ist schwierig abzuschätzen. In der Vernehmlassung hatten sich 22 Kantone gegen eine Verknüpfung mit der Samenspende ausgesprochen. FDP, SP und Grüne besitzen mit 26 von 46 Sitzen zudem

nur eine knappe Mehrheit im Ständerat.

Persönlich erachte ich die Verknüpfung der Kernvorlage mit der Samenspende als logischen Schritt der Befürworter: Bereits jetzt ist offensichtlich, dass diese mit der Kernvorlage alleine nicht zufrieden sein werden, sondern die vollständige Gleichstellung für alle Paare auch bei der Samenspende wollen. Anstatt in gewohnter Salami-Taktik mit zwei Vorlagen zum Erfolg zu kommen, ist es ehrlicher, beides in einem Schritt vorzulegen und darüber abzustimmen.

Die Verknüpfung macht es auch einfacher, eine ablehnende Haltung zu begründen. (Roman Rutz)

«FÜR MICH IST ES DAS WICHTIGSTE, GOTT IN UNSERE POLITIK EINZULADEN»

Sie treffen sich alle zwei Wochen. Sie beten im Hintergrund unspektakulär für die Mandatsträger in der EVP, für Manpower, Finanzen, Ideen und Wählerstimmen. Aber auch für ihre Stadt, die Schweiz sowie alle Politikerinnen und Politiker im Land. Das Anliegen: Gott soll in der Politik der Schweiz, in ihren Entscheidungen und Lösungen zum Besten des Landes wirken können. Susanne Oram im Gespräch über ihren Gebetstreff in Winterthur, ihre Gebetsvision für die EVP und wie jeder von uns mitmachen kann.



Susanne Oram-Blaser (44), wohnhaft in Winterthur, Mutter von zwei Kindern (5 und 11), seit 2006 EVP-Mitglied, mehrfache Gemeinderatskandidatin, Wahlhelferin

Susanne, du leitest in Winterthur eine EVP-Gebetsgruppe. Wie kam es dazu?

Als wir 2017 das Kandidatenseminar für die Gemeinderatswahlen planten, war es mir ein Anliegen, auch einen Gebetsworkshop anzubieten. Diese Gelegenheit für die Wahl-Vorbereitungen und die Wahlen zu beten wurde zu meiner Freude von einigen Kandidaten genutzt. Beatrice Gugger-Josi war auch dabei. Sie hat das gemeinsame Beten besonders geschätzt. Und

da zu dieser Zeit gerade ihr Ehemann, Nik Gugger, in den Nationalrat nachrutschte, kam bei uns beiden der Wunsch auf, uns regelmässig zu treffen, um für Exponenten und Anliegen der EVP – auch unabhängig von Wahlen – zu beten. Seit Januar 2018 treffen wir uns regelmässig.

Wer macht mit und wie oft trefft ihr euch?

Wir treffen uns zweimal pro Monat bei mir zuhause, abwechselnd abends und nachmittags, jeweils für eine Stunde. Ausser Beatrice Gugger schlossen sich auch noch unsere Co-Präsidentin Barbara Günthard und einige andere EVP-Mitglieder an.

Was sind eure konkreten Anliegen?

Für mich ist es das Wichtigste, Gott in unsere Politik einzuladen, ihm quasi die Tür zur EVP weit auf zu machen, damit er «freie Bahn» bekommt, um zu wirken. Wir danken Gott für seine Hilfe, z. B. für passende Worte in schwierigen Gesprächen oder in Entscheidungen und bitten ihn um Gottesfurcht, Weisheit und Schutz für unsere



Foto: pixabay.com

Wenn Sie für die EVP, die Politik und ihre Verantwortungsträger zum Besten für unser Land beten wollen: evppev.ch/gebet

«Engagierten» in Gemeinderat und Vorstand. Und natürlich bitten wir Gott, dass er die EVP segnet mit allem, was sie braucht an Manpower, Ideen, Finanzen, Wahlstimmen und so weiter.

Welche Erfahrungen macht ihr mit dem Gebet?

Barbara Günthard Fitze und Beatrice Gugger werden durch die gemeinsamen Gebetszeiten ermutigt und gestärkt und fühlen sich in den vielen Herausforderungen als Co-Präsidentin und Kantonsrätin sowie auch als «Nationalratsgattin» getragen und unterstützt.

Hast du eine Vision fürs Gebet in der EVP?

Ich wünsche mir, dass jeder einzelne EVP-ler wachsen kann in seinem Gottvertrauen und dass die EVP-Leute betend unterwegs sind. Und wenn einige Beter die EVP dadurch unter-

stützen, dass sie gemeinsam betend für aktuelle Anliegen bei Gott eintreten, dann ist das noch besser. Es geht aber nicht «nur» um die EVP. Es gibt auch in anderen Parteien Menschen, die Gott und seine Herrschaft suchen. Warum uns also nicht auch mit ihnen zusammentun und gemeinsam für die Politik in unseren Dörfern und Städten beten?

Wie kann ich selbst mitbeten?

Bete einfach auf deine Art. Just do it! Finde jemanden, der dasselbe Anliegen hat und legt gemeinsam los! Das EVP-Generalsekretariat verschickt etwa alle zwei Monate an Interessierte eine E-Mail mit Gebetsanliegen, die im Gebet aufgenommen werden können. Natürlich kannst du auch «deine» EVP-Exponenten und den Vorstand der Region nach Anliegen fragen und so die EVP im Gebet konkret unterstützen.

TERMINE 2020

17.05. ABGESAGT!
Eidgenössische Volksabstimmung

02.06 - 19.06. Sommersession des eidgenössischen Parlaments

06.06. Impuls- und Vernetzungstagung der EVP Frauen, Aarau

KONZERNE SOLLEN HAFTEN FÜR SCHADEN AN MENSCH UND UMWELT

Sollen Unternehmen auch bei ihren Tätigkeiten im Ausland die Menschenrechte sowie internationale Umweltstandards respektieren? Eigentlich eine rhetorische Frage, aber genau darum geht es bei der Konzernverantwortungsinitiative (Kovi), deren Behandlung im National- und Ständerat durch die Corona-Pandemie kurz vor Abschluss unterbrochen worden ist.

Das «Schweizer» Unternehmen wie Glencore im Kongo Flüsse und in Sambia die Luft vergiften, löst immer wieder einen Sturm der Entrüstung aus. Syngenta verkauft weltweit Pestizide, die in der Schweiz längst verboten sind und Schweizer Goldraffinerien beziehen Rohgold aus Kinderarbeit. Damit soll Schluss sein, wenn es nach dem Willen der über 100 Trägerorganisationen der Konzernverantwortungsinitiative geht sowie dem der tausenden Personen, die sich bereits in Lokalkomitees für den Abstimmungskampf wappnen. Unter dem Titel «Kirche für KOVI» engagieren sich auch kirchliche Organisationen und Kirchengemeinden dafür, dass die Schweiz ihren Konzernen mehr Verantwortung für ihr Handeln auferlegt. Die Angst der Wirtschaft vor der Initiative ist gross, denn die Einführung der

Haftungsmöglichkeiten für eigene Handlungen aber auch für diejenigen von Tochtergesellschaften sowie die Klagemöglichkeiten in der Schweiz lassen Rechtsunsicherheit befürchten. Der Nationalrat war bereit, mit einem griffigen Gegenvorschlag die wichtigsten Anliegen der Initiative aufzunehmen. Es folgte ein zähes Ringen mit dem Ständerat, dessen eigener Gegenvorschlag partout keine Haftungsmöglichkeit im Schweizer Aktienrecht wollte, sondern lediglich eine Berichtserstattungspflicht für Unternehmen vorsah. Das lange Hin und Her wurde schliesslich kurz vor dem Einsetzen einer Einigungskonferenz durch den Abbruch der Session ergebnislos beendet. Für die EVP ist klar, dass Konzerne für Schaden an Mensch und Umwelt haften und für ihre Machenschaften zur Rechenschaft gezogen werden sollen.



Foto: pixabay.com

Wer Profit macht, soll auch Verantwortung übernehmen.

Sie unterstützt den besonnenen Gegenvorschlag des Nationalrates und – sollte dieser nicht zustande kommen – die Initiative. Sie wird sich im anschließenden Gesetzgebungsprozess dann für eine massvolle, aber wirksame Umsetzung im Sinne des Gegenvorschlags einsetzen. Eigentlich lief die Behandlungsfrist des Parlaments für die Kovi und deren Gegenvorschläge Anfang April ab. Bis dahin hätten National- und

Ständerat ihre Empfehlung abgeben müssen. Der vorzeitige Sessionsabbruch wegen der Corona-Pandemie machte dies unmöglich. Ob die Abstimmung über die Kovi wie geplant im Herbst stattfinden kann, ist zu Redaktionsschluss offen.

.....
ROMAN RUTZ,
GENERALSEKRETÄR EVP SCHWEIZ
 roman.rutz@evppev.ch

ZIVILDienstGESETZ

EVP UNTERSTÜTZT REFERENDUM GEGEN REVISION

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes will mit 7 Massnahmen den Zugang zum Zivildienst einschränken. Die Massnahmen sollen zu einem Rückgang der Zivildienstgesuche führen, die nach bestandener Rekrutenschule gestellt werden. Wenn das Parlament die geplante Revision so verabschiedet, wird die EVP gemeinsam mit zahlreichen Parteien und Organisationen das Referendum ergreifen. Wenn eine Vorlage den Zivildienst unattraktiver machen soll, damit junge Männer eher Militärdienst leisten, macht das

hellhörig. Viel eher sollten doch der Militärdienst und insbesondere die Wiederholungskurse so ausgestaltet sein, dass die Dienstpflichtigen den Sinn hinter ihrem Dienst sehen und die Zeit in den WKs sinnvoll genutzt wird. Bundesrat und Parlament aber wollen genau das Gegenteil: Einen gesellschaftlich anerkannten und bewährten Dienst erheblich schwächen, um damit die relative Attraktivität des Militärdienstes zu erhöhen. Neu sollen z.B. mindestens 150 Zivildiensttage geleistet werden müssen – auch dann, wenn eigentlich nur noch

20 Tage zu leisten wären. Auch sollen Dienstwillige künftig ein Jahr warten müssen, bis sie ihren Zivildienst leisten dürfen. Das Verbot von Zivildienstleistungen mit Medizinstudium ist ebenfalls reine Schikane und hilft weder Ärzten und Spitalern noch der Armee. Für die EVP ist der geplante Angriff auf den bewährten Zivildienst unverständlich. Sie wird darum das Referendum unterstützen. Probleme werden nicht gelöst, indem man den Zivildienst schwächt, sondern indem man die Armee stärkt.

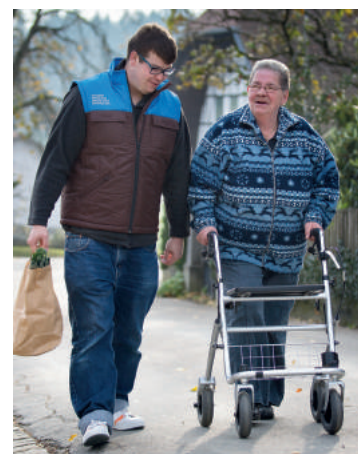


Foto: offziere.ch

.....
ROMAN RUTZ,
GENERALSEKRETÄR EVP SCHWEIZ
 roman.rutz@evppev.ch

KANTON BERN I



GROSSE ROCHADE

Per Ende Mai 2020 treten die drei altgedienten EVP-Grossräte Ruedi Löffel, Marc Jost und Martin Aeschlimann aus dem Grossen Rat zurück. Die drei profilierten Köpfe im Kantonsparlament vereinen insgesamt 40 Jahre Ratserfahrung auf sich. Ruedi Löffel war 18 Jahre im Grossen Rat. Er hat sich als «Antirauch-Papst» erfolgreich für rauchfreie Restaurants eingesetzt. Marc Jost wurde

während seiner zwölfjährigen Amtszeit als Brückenbauer über die Parteigrenzen hinweg geschätzt. 2015/16 präsidierte er das Kantonsparlament. Martin Aeschlimann war 8 Jahre für die EVP im Grossen Rat aktiv. Er engagierte sich für energieeffizientes Bauen und für erneuerbare Energien. Allen dreien gilt unser herzlichster Dank für ihr riesiges Engagement. (Philippe Messerli)



Ruedi Löffel, Marc Jost, Martin Aeschlimann

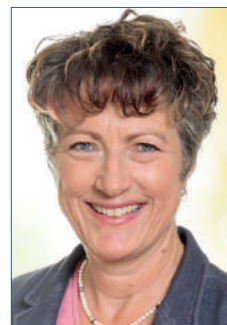
KANTON BERN II



DIE DREI NEUEN IM RAT

Neu für die EVP in den Grossen Rat kommen: Hanspeter Steiner aus Boll. Er ist Ausbilder von Lokomotivführern und Geschäftsleitungsmitglied der EVP Kanton Bern. Ausserdem Margret von Bergen aus Uetendorf. Sie ist Alt-Gemeinderätin und Pflegefachfrau. Und schliesslich Tabea Bossard-Jenni, Stadträtin und Geschäftsleitungsmitglied der Jenni Energietechnik AG,

aus Burgdorf. Letztere ist mit 31 Jahren die jüngste Berner EVP-Grossrätin aller Zeiten. Mit ihrer politischen Erfahrung ergänzen die drei die bestehende EVP-Grossratsfraktion in idealer Weise. Zudem bringt der Wechsel mehr Frauenpower: Zum ersten Mal in ihrer Geschichte verfügt die zehnköpfige EVP-Grossratsfraktion mit neu sechs Grossrätinnen über eine Frauenmehrheit! (Philippe Messerli)



Hanspeter Steiner, Margret von Bergen, Tabea Bossard-Jenni

KANTON ST. GALLEN



DAS GROSSE COMEBACK

Was für ein Comeback! Mit Hans Oppliger (Werdenberg) und Jascha Müller (St.Gallen) holt die EVP ihre beiden Sitze zurück, die sie 2016 knapp verloren hatte und zieht wieder in den Rat ein! Mit 9.1 und 3.1 Prozent aller Stimmen in den Wahlkreisen Werdenberg und St. Gallen erreichte die EVP ihr ambitioniertes Wahlziel: Die Rückeroberung beider Sitze. Keinesfalls eine Selbst-

verständlichkeit, war es doch ungewiss, ob es für die wieder antretenden alt-Kantonsräte ohne den Bisherigenbonus reichen würde. Insbesondere in Werdenberg ist die Hürde bei lediglich 9 zu vergebenen Sitzen sehr hoch. Und da zudem alle 9 Bisherigen wieder antraten, musste der Sitz regelrecht erkämpft werden. Umso grösser war die Freude. Herzlichen Glückwunsch den beiden Gewählten! (Roman Rutz)



Die neu Gewählten Hans Oppliger und Jascha Müller

KANTON THURGAU



LEIDENSCHAFT PUR

Bei den Grossratswahlen vom 15. März 2020 gelingt der EVP Thurgau mit Mathias Dietz ein Sitzgewinn im Bezirk Münchwilen, womit sie wieder in allen fünf Bezirken vertreten ist. Auch die beiden Sitze im Bezirk Frauenfeld konnten verteidigt werden. Zum Erfolg haben wesentlich die Listen der *jev in allen Bezirken beigetragen. Das freut uns besonders. Neben dem engagierten und kreativen Einsatz aller Bezirksteams konnte der Aufschwung der Nationalratswahlen im letzten Oktober mitgenommen werden. Dies bestätigte sich auch darin, dass im Februar die vier Laienrichtersitze (davon zwei mit neuen EVP-Vertretern) an den Bezirksgerichten von der Wählerschaft bestätigt wurden. Diese Leidenschaft – auch für die EVP – nehmen wir mit für

das Kommende. Allen Engagierten herzlichen Dank für ihren erfolgreichen Einsatz! (Wolfgang Ackerknecht)



Neu gewählt: Mathias Dietz

JUNGPARTEIEN SCHLIESSEN SICH FÜR RENTENREFORM ZUSAMMEN

Nachdem das Stimmvolk 2017 mit der «Altersvorsorge 2020» erneut einen Reformversuch abgelehnt hatte, spitzt sich die Finanzierungsknappheit der Altersvorsorge weiter zu. Bundesrat Berset startet einen neuen Versuch – seine Rentenreform der 2. Säule ging in die Vernehmlassung. Die berufliche Vorsorge der Pensionskassen soll den Umständen zu tiefer Zinssätze und gestiegener Lebenserwartung angepasst werden. Eine Reform ist notwendig, dringend und eine Chance. Mit dieser Grundhaltung intensivierte sich die Zusammenarbeit einer breiten Allianz von Jungparteien zur Altersvorsorge. Die Junge EVP engagierte sich gemeinsam mit den Jungen der

BDP, CVP, FDP, GLP und SVP für eine nachhaltige Sanierung der Altersvorsorge. In einer gemeinsamen Vernehmlassungsantwort präsentierten diese Jungparteien nun ihre Vorstellungen.

Als unumgänglich erachten die Jungparteien eine Erhöhung des Rentenalters durch eine Kopplung an die steigende Lebenserwartung sowie die Senkung des Umwandlungssatzes, so dass die Ausgaben für die Altersvorsorge weniger stark ansteigen. Weiter soll mehr zurückgelegt werden: Mit einem Lohnabzug bereits ab 17 Jahren und auch für Teilzeitarbeit soll früher und auch bei Teilzeitarbeit vorgesorgt werden. Durch den Einbezug von Teilzeitarbeit wird gleichzeitig eine stär-

kere Pensionskasse für Paare ermöglicht, die Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung untereinander aufteilen. Nun bleibt zu hoffen, dass Bundesrat und Parlament eine nachhaltige und mehrheitsfähige Reform finden, die sowohl

Jung und Alt eine faire Altersvorsorge ermöglicht. Die EVP ist hierbei als Brückenbauerin nun besonders gefragt.

DOMINIC TÄUBERT
CO-PRÄSIDENT *JEVP SCHWEIZ
dominic.taeubert@jevpc.ch



Die Jungparteien reichen ihre Vernehmlassungsantwort ein.

Anzeige

KANTON BASELSTADT



WACHSTUM!

Am 9. Februar fanden in Basel-Stadt Gesamterneuerungswahlen für Gemeinde- und Einwohnerräte sowie Gemeindegemeinschaften statt. Die EVP geht als klare Gewinnerin gestärkt aus diesen Wahlen hervor. Nebst den Parteien mit grün im Namen ist sie die einzige, die einen Zuwachs an Sitzen feiern kann. Neu ist die EVP somit in der Exekutive mit insgesamt acht Gemeinderäten und Gemeinderätinnen (plus

2) vertreten sowie mit 4 Sitzen (plus 2) in Einwohnerräten und 5 Sitzen (plus 1) in Gemeindegemeinschaften. Der anhaltende Aufwind ist Frucht der treuen Unterstützung und ausdauernden Basisarbeit. Dankbar und voller Vorfreude blicken wir auf das, was wir in Zukunft noch alles gemeinsam anpacken und gestalten wollen. (Andrea Heger)



Treue Unterstützung und ausdauernde Basisarbeit

PROSPERITA

Die christlich-ethische Pensionskasse



Michèle Moser
Produktionsmitarbeiterin
kingnature AG



Marco Fuhrer
Maurer EFZ
Burn & Künzi AG



Jasmin Hirschi
Lehrerin
Christliche Schule
Bern



Roman Rutz
Generalsekretär
Evangelische
Volkspartei (EVP)

Die EVP vertritt eine christliche Ethik in der Politik. Wir in der beruflichen Vorsorge.

Deshalb haben sich die EVP und über 400 weitere Organisationen und Unternehmen für uns als Pensionskasse entschieden.

www.prosperita.ch



A.Z.B.
3001 Bern

EVP-FRAUEN

Weil ich es WERT bin!

Am Samstag, 6. Juni 2020 treffen sich Frauen aus der ganzen Schweiz in Aarau zur dritten Impuls- und Vernetzungstagung der EVP-Frauen zum Thema «Weil ich es WERT bin – Der Spagat der Frauen zwischen Hingabe und sozialer Sicherheit». Im Zentrum steht ein Planspiel zur Sozialen Sicherheit aus Frauensicht.

Kurzreferate führen am Vormittag in die Thematik ein: Christina Werder, Sozialversicherungsfachfrau wird Mechanismen und Knackpunkte unseres Versorgungssystems erläutern. Karin van Holten beleuchtet das Thema im Zusammenhang mit der gesellschaftlich so wichtigen Care-Arbeit. EVP-Politikerin Claudia Schürch-Meder diskutiert mit uns über den Spagat zwischen Familie, Beruf und Politik. Die gemeinsame Auseinandersetzung mit einer tragfähigen Altersvorsorge gehen



Foto: zVG

Infos und Anmeldung: evppev.ch/frauentagung

wir am Nachmittag spielerisch im Rahmen eines Planspiels an. Es verspricht für Frauen jeden Alters mehr Klarheit in den komplexen Fragen unseres

an sich grossartigen Systems. Anfang Mai fällt der Entscheid, ob die Tagung stattfinden kann. Infos dazu dann auf der Webseite. (Barbara Streit-Stettler)

ECPYOUTH

Friedliche Koexistenz zwischen Israelis und Palästinensern

Die *jevp ist Teil eines internationalen Netzwerks christlich geprägter Jungparteien, der ECPYouth (European Christian Political Youth). Im Spätherbst 2019 durfte ich in diesem Rahmen an einer überkonfessionellen politischen Reise nach Israel teilnehmen.

Die vier Tage waren vollgepackt mit einem vielseitigen Programm: Gespräche mit Politikern, Begegnungen mit Einheimischen und Vorträge Angehöriger religiöser oder ethnischer Minderheiten. Geografisch kamen wir von Jerusalem ins Westjordanland über die Golan-Höhen bis nach Tel Aviv. Die Reise stand unter dem Motto der «Koexistenz» zwischen Israelis und Palästinensern. Die These lautete, dass Friede nur durch ein Nebeneinander geschaffen werden kann. Oft ist das ein ökonomischer Friede. Wo der Wohlstand für alle Beteiligten steigt, nehmen die offenen Konflikte ab. Mich hat beeindruckt, wie viele gute Initiativen es bereits gibt: Eine Fabrik auf konfliktreichem

Territorium, die Arbeitsplätze für Palästinenser und Israelis schafft. Erfolgreiche landwirtschaftliche Forschungsprogramme zur Ertragssteigerung in der Wüste, bei denen Israelis und Palästinenser Seite an Seite ernten. Und wie wenig förderlich im Gegenzug der Boykott israelischer Produkte ist, zumal er einseitig sanktioniert und alle Arbeitnehmenden trifft –

auch die Palästinenser. Gespürt habe ich den auf israelischer Seite weit verbreiteten Frust, dass ihre Friedensbemühungen seitens Europas zu wenig wahrgenommen würden. Antisemitismus hat zuweilen viele Gesichter. Mir scheint es zielführender, Friedensbemühungen zu fördern statt primär Konflikte zu sanktionieren. (Christoph Böisinger)



Foto: zVG

Christoph Böisinger in Israel.